

*Erschienen in. ?????*

18. November 2004

## **Die Neuorientierung der EU-Mittel- und Nahostpolitik ist nach Bushs Wiederwahl das Gebot der Stunde - Der Atomkonflikt mit dem Iran bietet gute Gelegenheit dazu**

Der Atomkonflikt mit dem Iran wurde durch die Vereinbarung mit der EU-Troika (Deutschland, Frankreich und England) vorerst entschärft. Der Wiener *Atomenergy Agency* bleibt am 25. November - falls nichts Außergewöhnliches geschieht - eine folgenschwere Entscheidung erspart. In dieser Vereinbarung hat sich der Iran bereit erklärt, „freiwillig“ die Urananreicherung bis zu detaillierten vertraglichen Vereinbarungen auszusetzen, jedoch nicht ausdrücklich für alle Zeiten auf diese Option zu verzichten. Damit wurde der Konflikt ganz offensichtlich aufgeschoben, jedoch nicht aufgehoben.

Hinter dem Atomkonflikt mit dem Iran stehen die Hauptfronten einander nach wie vor unversöhnlich gegenüber: Zum einen die USA, deren Strategie der Vorherrschaft es geradezu verbietet, den „Schurkenstaat“ Iran als Atommacht zu dulden. Des Weiteren Israel, das sich mit seiner ca. 5 Millionen-Bevölkerung inmitten von über 200 Millionen, überwiegend feindlich gesinnten Arabern und Moslems allein aus demographischen Gründen massiv bedroht fühlt und daher glaubt, diesem Ungleichgewicht die eigene nukleare Überlegenheit entgegen setzen zu müssen. Ob diese Option die einzig kluge Antwort ist, lässt sich bezweifeln. Ganz sicher schaffen sie jedenfalls eine neue Bedrohungsasymmetrie, durch die sich alle Nachbarstaaten Israels ganz zu Recht bedroht fühlen. Dies gilt vor allem für den Iran, der mit seiner geostrategisch zentralen Lage im Zentrum des gesamten Großraum *Mittel East* und über 60 Millionen Einwohnern auf der anderen Seite des Konflikts auf Dauer die bestehende Bedrohungsasymmetrie - völlig unabhängig von der jeweiligen politischen Ordnung - nicht hinnimmt, ja nicht hinnehmen kann.

Die iranischen Machthaber streben - übrigens in größter Übereinstimmung mit allen relevanten Oppositionsströmungen - ohne jeden Zweifel und trotz anderslautender Beteuerungen ein *Gleichgewicht des Schreckens* an und folgen dabei der im Westen immer noch unstrittigen Sicherheitsstrategie der *Balance of Power*. Damit handeln sie ganz und gar „westlich rational“ oder auch - angesichts des dann unvermeidlichen regionalen Wettrüstens - „westlich irrational“. Mit ihrer offiziellen Doppelstrategie - einerseits ihr Atomwaffenprogramm unter dem Schleier der Stromproduktion zu verhüllen und andererseits durch Teilkooperation mit der Wiener *Atomenergy Agency* auch nach der mit der Troika erzielten Vereinbarung - glauben sie, sich völkerrechtlich gegen Sanktionen oder auch Präventivschläge Israels schützen zu können. Diese Fehleinschätzung werden Irans Politstrategen - so fürchte ich - alsbald bitter bereuen. Sie mogeln sich dabei um ihre tatsächliche Absicht, mit Israel gleichziehen zu wollen, aus undurchsichtigen Gründen herum und handeln mit ihrer unglaublichen Begründung *langfristiger Bedarf an Strom* - und das in einem Land mit den viertgrößten Öl- und zweitgrößten Gasreserven und beträchtlichen Potentialen regenerativer Energiequellen - den stereotypen Vorwurf der *Bazar-Mentalität* ein.

Die Europäische Union in Gestalt der EU-Troika bemüht sich um eine diplomatische Lösung des Konflikts. Mit ihren angeblich weitreichenden Zugeständnissen an den Iran verspricht sich die Troika, den Iran tatsächlich zu einem dauerhaften Verzicht auf die Urananreicherung und Herstellung von Atombomben drängen zu können. Reichlich naiv steckt sie offensichtlich den Kopf in den Sand und tut so, als wäre ihr Irans Sicherheits-Dilemma völlig unbekannt. Bazar-Mentalität hin, Bazar-Mentalität her, die EU-Diplomaten verhalten sich mit ihrem „Kuhhandel“ genauso „orientalisch“ wie die iranische Seite.

### **Jetzt die Chance für eine Neuorientierung nutzen**

Folgt man der iranischen Diskussion und den dort bereits getroffenen Vorentscheidungen (beispielsweise verabschiedete das iranische Parlament Ende Oktober einstimmig ein Gesetz, das es der Regierung untersagt, auf das Recht zur Urananreicherung zu verzichten), dann kann sich der Iran (was sich auch in der Vereinbarung mit der EU niedergeschlagen hat) allenfalls zu einem befristeten

Moratorium, jedoch auf keinen Fall zu einem Verzicht auf Urananreicherung bereit erklären. Damit ist absehbar, dass die EU über kurz oder lang die diplomatische Initiative aus der Hand geben und für die nächste Eskalationsstufe - die unter der US-Außenministerin Condoleezza Rice so sicher wie das Amen in der Kirche sein dürfte - sogar den moralischen Vorwand liefern würde. Ob mit oder ohne UN-Sanktionen gegen den Iran: Israels Präventivschlägen mit Pentagon-Zustimmung wären Tür und Tor geöffnet - mit fatalen Folgen und der Gefahr eines schwer kontrollierbaren Flächenbrandes.

Man kann nur hoffen, dass dieses gefährliche Szenario nicht eintritt, die Ausgangsbedingungen dafür sind allerdings denkbar besorgniserregend. Die EU, allen voran die deutsche Seite, nimmt das Sicherheitsbedürfnis Irans in der gegenwärtigen Bedrohungsschiffelage offensichtlich nicht Ernst und setzt alles auf einen Kuhhandel: Wohlklingende Zusagen zum Transfer von Atomenergietechnik gegen einen Verzicht auf die Herstellung von Atomwaffen, sprich Hinnahme nuklearer Vormachtstellung Israels. Es ist nicht zu fassen: Außenpolitiker von internationalem Rang benehmen sich wie schlechte Pädagogen. Selbst wenn sich die gegenwärtige Machtelite Irans im Rahmen der vereinbarten Verträge auf diesen Deal einließe, bliebe Irans Sicherheitsdilemma weiterhin bestehen. Die EU spielte mit ihrem Zaudern im Grund genommen den extremistischen Positionen und Motiven im Konflikt - den Konservativen in Iran einerseits, Bush und Sharon andererseits - buchstäblich in die Hände. Da beide Seiten auf ihre Ziele pochen, der Iran auf ein eigenes Abschreckungspotential morgen oder übermorgen gegen Israels atomare Vormachtstellung, und umgekehrt die USA und Israel darauf, diese Vormachtstellung nicht aus der Hand zu geben, wird die Gefahr einer Eskalation einschließlich eines neuen Krieges in naher Zukunft zum einzig möglichen „Ausweg“, der sich nahtlos in den US-Unilateralismus einfügt. Vor dem Hintergrund dieser Analyse erscheint die Warnung des deutschen Außenministers, Joschka Fischer, Iran sollte sich vor einer „Fehleinschätzung der Reaktionen der internationalen Gemeinschaft“ hüten, eher als Ausdruck einer bedrückenden Ratlosigkeit und nicht als Einsicht in die tieferen Gründe des Konflikts.

Die EU und die deutsche Außenpolitik muss zur Kenntnis nehmen, dass ihre defensive Haltung gegenüber den USA mit sehr hohen Risiken für die Stabilität im

Mittleren und Nahen Osten verbunden ist und die Unilateralisten in den USA eher stärkt. Die Frontlinien verlaufen nicht - wie viele annehmen - zwischen den USA und Europa, sondern zwischen Multilateralisten und Unilateralisten in Europa und den USA. Man darf nicht übersehen, dass Europa in den multilateralistisch orientierten Strömungen innerhalb der USA einen intellektuell einflussreichen Bündnispartner hat. Eine selbstbewusste und offensive Haltung der EU mit glaubwürdigen Konzepten zum Irak-Krieg, zum Nahost-Konflikt und zum Konflikt mit dem Iran würde die aufrechten und arg in die Defensive geratenen Multilateralisten in den Vereinigten Staaten ganz sicher stärken. Schröders Ablehnung des Irak-Krieges hat in der Tat den verängstigten US-Multilateralisten nach dem 11. September Mut gemacht, aus der Deckung heraus zu kommen. Auch jetzt sehnen sich diese Kräfte nach Initiativen aus Europa. Daher wäre es analytisch falsch und politisch verhängnisvoll, wenn man in Europa eigene Handlungsmöglichkeiten unterschätzte. Nichtstun in der Hängematte der Ablehnung des Irak-Krieges mag sehr bequem sein, ist jedoch nicht nur defensiv, vielmehr verantwortungslos. Die Chance muss gerade jetzt nach der Wiederwahl von George W. Bush und der Gefahr eines fundamentalistischen Durchmarsches in den Vereinigten Staaten vorsichtig, aber mit Konsequenz genutzt werden.

Der Iran-Atomkonflikt bietet der EU die Gelegenheit einer Neuorientierung in der Nah- und Mittelostpolitik. Die EU ist gegenwärtig auch die einzige politische, und noch wichtiger moralische Kraft in der Weltpolitik, die in der Lage wäre, mit glaubwürdigen friedenspolitischen Alternativen das konfrontative Blatt der Geschichte im Mittleren und Nahen Osten zu wenden. Gepaart mit Realitätssinn würde eine offensive und konstruktive EU-Initiative eine politisch-legitimierende Dynamik entwickeln, an der auch die matriarchalischsten und machthungrigsten Betonköpfe in den USA, in Israel, aber auch im Iran nicht vorbei könnten. Die EU hat mit der OSZE eine Dynamik in Gang gesetzt, die zur Beendigung des Ost-West-Konflikts maßgeblich beigetragen hat. Jetzt steht in Anlehnung an diese Erfahrungen die Idee einer regionalen Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Mittleren und Nahen Osten (KSZMNO) auf der Agenda der internationalen Diplomatie.

Für die EU hieße das erstens, das Ziel einer atomwaffen- besser noch massenvernichtungsmittelfreien Zone im Mittleren und Nahen Osten sofort auf die

Agenda internationaler Diplomatie zu setzen - was gerade angesichts des Machtvakuumms nach Arafat und der Chance eines Neubeginns auch für den Nahost-Konflikt eine neue und dynamische Perspektive eröffnen dürfte - und sie als eine der vordringlichsten Aufgaben einzustufen. Und zweitens die Konfliktparteien gleichermaßen aufzufordern, sich diesem Ziel verbindlich zu verpflichten. Alle weiteren Ziele, u.a. ein Verzicht Irans auf Atomwaffentechnologien, ordnen sich dann dieser Prioritätenabfolge unter. Diese qualitative Neuorientierung müsste erst recht und angesichts der Atempause als Folge des erzielten Moratoriums, d.h. der Aussetzung der Urananreicherung im Iran, als Chance begriffen werden, unmittelbar den nächsten Schritt in Richtung einer massenvernichtungsmittelfreien Zone einzuleiten, anstatt sich auf den Lorbeeren eines „Kuhhandels“ auszuruhen, der nicht nachhaltig sein kann.